

Positionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ARBEIT AM GANZEN

Dank an Anton Krättli

Ab Februar dieses Jahres erscheint unser langjähriger Kulturredaktor *Anton Krättli* nicht mehr im Impressum der «Schweizer Monatshefte». Auf seinen Wunsch ist die redaktionelle Verantwortung für den Bereich Kultur in jüngere Hände gelegt worden. Sie wird in Zukunft von *Michael Wirth, Dr. phil. I*, wahrgenommen, der 1957 in der Bundesrepublik Deutschland geboren ist und nach Studien in Bonn und Lausanne 1992 als Germanist an der Universität Lausanne promovierte und gegenwärtig dort seinen Wohnsitz hat.

Anton Krättli wird als freier Mitarbeiter weiterhin für die «Schweizer Monatshefte» schreiben, so dass wir auf sein feines Urteilsvermögen und seine Erfahrung im Umgang mit Literatur auch in Zukunft zählen dürfen. Die 28 Jahre dauernde Präsenz in den «Schweizer Monatsheften» kann mit guten Gründen als «*Ära Krättli*» bezeichnet werden, und die Geschichte unserer Zeitschrift ist und bleibt untrennbar mit seinem Namen verbunden. In der Hoffnung auf sein möglichst kontinuierliches, in weitere Zukunft hineinreichendes Mitwirken im Kulturteil unserer Zeitschrift haben wir keinen Grund für eine abschliessende Würdigung. Trotzdem wollen wir das Ausscheiden aus dem Impressum als Anlass nehmen für einige Worte des Dankes. Anton Krättli hat den «Schweizer Monatsheften» über ein Vierteljahrhundert die Treue gehalten, und seine Beiträge sind ein eindrückliches Zeugnis der Kontinuität im Hinblick auf bleibende Werte und der Kreativität im Hinblick auf das Neue. Was aber noch wichtiger ist als die 28 Jahre Treue zu einer Zeitschrift, das ist jene Treue zu sich selbst, die sein ganzes Wirken prägt. Sie vermittelt der Leserschaft jene verlässliche Orientierung, die wir im heutigen Kulturbetrieb alle besonders zu schätzen wissen. Krättlis Urteil ist nie anmassend und auch nie aufdringlich, aber es ist in einer seltenen Weise unbestechlich.

Anton Krättli meidet das Mitsingen im grossen Chor der Modemacher, die mit ihrem Urteil den Platz auf den kurzlebigen Bestsellerlisten verändern bzw. verändern möchten. Nicht, dass Anton Krättli

auf jede Einflussnahme verzichten würde und sich daher nicht engagierte. Er hat beispielsweise als einer der ersten die Bedeutung von *Hermann Burger* erkannt. Er hat sich für ihn eingesetzt und ihn im Laufe seiner leidvollen Schaffenszeit freundschaftlich und kritisch begleitet. Als «*Adam Nautilus Rauch*» hat Burger in seinem «Brenner» den Freund und Kritiker aus seiner Sicht literarisch charakterisiert. Diese Namensgebung soll hier nicht aufgeschlüsselt werden, aber der Vorname «*Adam*» weist doch auf Bleibendes, Allgemein-Menschliches hin.

Die auch in diesem Beitrag hervorgehobene beispielhafte Treue zu sich selbst ist es wohl, die *Karl Jaspers* in jenem bedeutungsschweren Wort gemeint hat, in welchem er die Treue «*das Zeichen der Wahrheit*» nannte. Damit hat Jaspers auf die subtilen Zusammenhänge aufmerksam gemacht, die eben trotz allem zwischen dem Wahren, dem Schönen und dem Guten erkannt werden können, wenn der Betrachter und Leser auch etwas Wohlwollen und Liebe mitbringt.

Anton Krättli bringt sowohl den Autoren als auch ihren Lesern und auch seinem Leserkreis jene Zuneigung entgegen, die nicht blind, sondern feinfühlig und hellichtig macht und stets zum selbständigen und kritischen Urteil ermahnt und ermuntert. Er ist nie anmassender Zensor, gelegentlich massvoller Moderator und immer wieder behutsamer Animator, indem er Literatur geistvoll und gemütvoll kommentiert, analysiert, die Leser zur Lektüre anregt und dabei die Seele nicht vergisst, die es beim Schreiben und beim Lesen braucht.

Die «Schweizer Monatshefte» sind eine Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Innerhalb dieser Trias droht der Kulturbereich – vor allem in einer Tageszeitung – zur Manövriermasse des Unwesentlichen und Unverbindlichen zu werden, zum Luxus und zum «Füller» zwischen politischer Aktualität, sonstigen «Unfällen und Verbrechen», Wirtschaft, Werbung und Sport. In den «Schweizer Monatsheften» hat Anton Krättli eine solche Abwertung der Kultur

zum verstaubten musealen Sonntagsvergnügen, zum Freizeit-Luxus und zur realitätsfernen Schöngesteier mit Erfolg verhindert. Unter seiner redaktionellen Führung hat der Kulturbereich stets eine bestimmende Rolle gespielt, und es ist nicht übertrieben, wenn die Zeitschrift heute im wesentlichen als Kulturzeitschrift charakterisiert werden kann, die auch noch politische und wirtschaftliche Themen aufgreift. Trotzdem stimmen die Proportionen mit der Zielsetzung der Hefte, der Vermittlung eines wertbezogenen und Werte vermittelnden umfassenden Überblicks, überein. Der Kulturredaktor hat sich stets auch lebhaft für politische und wirtschaftliche Fragen interessiert und damit zu erkennen gegeben, dass die Kultur nicht im luftleeren Raum existiert und dass sie auch wirtschaftliche und politische Komponenten hat. Die Kultur darf nicht immer nur als mögliches Opfer von Politisierung und Kommerzialisierung gesehen werden. Sie hat auch die Kraft, kultivierend und gestaltend auf Politik und Wirtschaft einzuwirken, die ihrer heute in besonderer Masse bedürfen. Dazu hat Anton Krättli durch sein breites und generalistisches Kulturverständnis, seine humanistische Bildung, seinen staatsbürgerlichen Gemeinsinn, seinen weltoffenen Blick und sein kooperatives, konzilientes Wesen einen wichtigen Beitrag geleistet. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Impressum hat er 28 Jahrgänge der Zeitschrift mitbetreut, die gebunden auf dem Bücherbrett ganze zwei Laufmeter einnehmen. In jedem Heft war Anton Krättli mit mindestens einem Beitrag vertreten, seien es *Glossen* oder *Blickpunkte*, *Kommentare*, *Buch-* oder *Theaterkritiken*, *Aufsätze* – insgesamt nach seiner Schätzung etwa 325.

Er hat fünf Präsidenten der Gesellschaft Schweizer Monatshefte erlebt: *Fritz Rieter*, *Marcel Grossmann*, *Ullin Streiff*, *Richard Reich* und *Heinz Albers*. Seine Kollegen vom politisch-wirtschaftlichen Ressort waren *Fritz Rieter*, *Dietrich Schindler*, *Daniel Frei*, *Roland Stiefel*, *Theo Kunz*, *François Bondy* und seit 1991 der Autor dieses Beitrags. Mit Bondy zusammen redigierte er die Zeitschrift von 1975 bis 1990. Seine freien Mitarbeiter, von denen er eine beträchtliche Zahl für die «Schweizer Monatshefte» gewonnen hat, rekrutieren sich aus der Publizistik, aus dem akademischen Umfeld und sind zum Teil auch Schriftsteller. *Friedrich Dürrenmatt*, *Hans Boesch*, *Gerhard Meier*, *Gertrud Wilker*, *Hugo Loetscher*, *E. Y. Meyer*, *Hermann Burger* und andere haben für die Zeitschrift Beiträge verfasst oder Teile ihres Schaffens in Vorabdrucken vorgestellt. Es war ein besonderer Schwerpunkt in der Führung des Kulturteils, die Gegenwartsliteratur der deutschen Schweiz durch kompetente Kritik zu begleiten; dem kontinuierlich wachsenden Werk der genannten Autoren, auch demjenigen *Adolf Muschg*

und *Jürg Federspiels*, galt die besondere kritische Aufmerksamkeit des Redaktors.

Aber selbstverständlich wandte er sich immer auch dem grösseren Sprachraum zu. *Günter Grass*, *Heinrich Böll*, ganz besonders auch *Thomas Bernhard*, sind in einer Reihe von Kritiken und Aufsätzen, die sich zu kleinen Monographien zusammenfügen liessen, ausführlich diskutiert worden.

Einen zweiten Schwerpunkt setzte Anton Krättli durch seine «Zürcher Theaterbriefe» in den ersten Jahren seiner Redaktionstätigkeit unter dem Pseudonym *Lorenzo*. Hier finden sich nicht nur Auführungsbesprechungen, sondern Überlegungen zum Spielplan, zur Führungsstruktur des Schauspielhauses, zur Förderung junger Dramatiker. Und ein dritter Schwerpunkt endlich galt der Kulturpolitik, den verpflichtenden Hinterlassenschaften ebenso wie den «Nachrichten aus der Provinz».

1982 gab Anton Krättli ausgewählte Beispiele seiner Zeitschriftenarbeit in einer dreibändigen Sammlung «Zeit Schrift» (Sauerländer, Aarau) heraus, einen «kritischen Kommentar über anderthalb Jahrzehnte», wie es im Untertitel heisst. Zwei vorbereitete Sammlungen weiterer Arbeiten liegen im Manuskript vor: «Einspruch und Zuspruch. Gespräche und Aufsätze zur Literatur» und «Wortverliebt und unbesonnen. Annäherungen an Clemens Brentano». Sie können hoffentlich in absehbarer Zeit ediert werden.

Seine Tätigkeit hat Anton Krättli rückblickend kürzlich folgendermassen charakterisiert: «*Zeitschriftenarbeit verpflichtet denjenigen, der sich ihr verschreibt, von Monat zu Monat präsent zu sein und zu reagieren. Er kann sich nicht an ein grösseres zusammenhängendes Thema wagen. Aber diese Arbeit ist – über die Jahre hinweg betrachtet – ein Ganzes, ein Zusammenhang.*» Für die beharrliche Arbeit am Ganzen sind wir Anton Krättli zu Dank verpflichtet, und wir freuen uns, dass wir an seinem Suchen nach dem Zusammenhang auch in Zukunft teilhaben dürfen.

Als Quintessenz dieses kollegialen Dankes und als Ausblick auf die Zusammenarbeit mit einem neuen Kollegen sei hier ein Wort *Gottfried Herders* angeführt, das er seinen «Ideen zur Menschheitsgeschichte» (1784) vorangestellt hat.

«*Wer daran denkt, wie gelegen ihm selbst zuweilen dieses oder jenes Buch, ja auch nur dieser oder jener Gedanke eines Buches kam, welche Freude es ihm verschaffte, einen andern von ihm entfernten und doch in seiner Tätigkeit ihm nahen Geist auf seiner eigenen oder besseren Spur zu finden, wie uns oft ein solcher Gedanke jahrelang beschäftigt und weiter führt: der wird einen Schriftsteller, der zu ihm spricht und ihm sein Inneres mitteilt, nicht als einen Lobndiener, sondern als einen Freund betrachten, der auch mit unvollendeten Gedanken zutraulich hervortritt, damit der*

erfahrenere Leser mit ihm denke, und sein Unvollkommenes der Vollkommenheit näher führe. Bei einem Thema wie das meinige... ist, wie ich glaube, eine solche Humanität des Lesers eine angenehme und erste Pflicht. Der da schrieb, war Mensch, und du bist Mensch, der du liest. Er konnte irren, und hat vielleicht geirrt; du hast Kenntnisse, die jener nicht hat und haben konnte; gebrauche also, was du kannst, und

siehe seinen guten Willen an; lass es aber nicht bei dem Tadel, sondern bessere und baue weiter. Mit schwacher Hand legte er einige Grundsteine zu einem Gebäude, das nur Jahrhunderte vollführen können, vollführen werden; glücklich, wenn alsdann diese Steine mit Erde bedeckt, und wie der, der sie dahin trug, vergessen sein werden, wenn über ihnen oder gar auf einem andern Platze nur das schöne Gebäude selbst dasteht.» ♦

ROBERT NEF

EIN NEUER WAHLKAMPFSTIL – RÜD UND RÜCKSICHTSLOS

Ein neuer Stil der politischen Auseinandersetzung kündigt sich an. Vorexerziert wird er in Zürich, wo die Wahlen in die Regierung und das Parlament der Stadt bevorstehen. Geprägt wird er indessen von national bekannten Politikern unter lebhafter Anteilnahme der Medien des ganzen Landes. Einmal mehr erleben die Zürcher gewissermassen einen *Probelauf* für das kommende *eidgenössische Wahljahr*.

Denn zur Debatte steht letztlich das in der Geschichte der schweizerischen Referendumsdemokratie herangewachsene spezifische *Konkordanzmodell*, das auf Verständigung unter den wesentlichen politischen Kräften und auf ihrer Teilhabe an der Macht beruht. In zahlreichen Kantonen und Gemeinden, wo die Exekutiven vom Volk gewählt werden, ist auch die Linke darin vertreten, auch dort, wo das Majorzsystem den Minderheiten keine Ansprüche sichert. Im Bund, wo das Parlament die Regierung wählt, ist die Aufteilung in einer Zauberformel erstarrt, die nun mit zunehmender Schärfe in Frage gestellt wird. Was soll's? Alternative Modelle werden zwar herumgeboten, lassen sich mit den bestehenden Volksrechten jedoch nicht vereinbaren. Denkbar wäre die Beibehaltung des Prinzips der Konkordanz mit *flexibleren Formeln* der Zusammensetzung. Damit liesse sich das weiterhin beargwöhnte Machtkartell der Parteien zumindest lockern und vielleicht auch der politische Betrieb etwas vitalisieren.

Jedenfalls stehen für die Parteien nächstes Jahr härtere Auseinandersetzungen bevor. Dass die Hauptprobe in Zürich stattfindet, ist kein Zufall; denn hier ist die Konkordanz schon in den letzten zwei Jahrzehnten aus den Fugen geraten. Nach vier Jahren

bürgerlicher Mehrheit regierte in den letzten vier Jahren eine sogenannte *rot-grüne Mehrheit*. Dass deswegen die Politik wesentlich geändert hätte, wäre allerdings ein Trugschluss. Sie hat sich schon seit längerer Zeit auf ein überbordendes städtisches Leistungsangebot hinbewegt, das durch die schleichende Veränderung der Bevölkerungsstruktur immer stärker beansprucht und finanziell immer weniger tragbar wurde. Die *Stimmbürgerschaft*, die in der Stadt letztlich entscheidet, ist nur mehr ein kaum noch repräsentativer Teil der Bevölkerung des Grossraums, die dieses Zentrum nutzt, betreibt und belebt. Die Probleme Zürichs – wie auch anderer Zentren von Agglomerationen – sind bei genauem Zusehen nicht von den schwankenden knappen Mehrheitsverhältnissen verursacht worden. Wie die Probleme wahrgenommen oder nicht wahrgenommen und verdrängt werden, gibt freilich genügend Anlass zu polemischen und ideologisch verzerrten Kontroversen. Zürich wird nicht falsch, sondern kaum mehr regiert.

Da liegt die Versuchung zu politischen Abrechnungen nahe. Die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) hat wohl nicht von ungefähr in der Stadt Zürich, wo sie seit vier Jahren nicht mehr in der Exekutive vertreten ist, mit der grobschlächtigen Pauschalbeschimpfung angefangen. Der politische Gegner ist an allen ungelösten Problemen schuld, an der hilflosen Drogenpolitik, an der Zunahme der Kriminalität, an der Verunsicherung, und so fort. Der politische Gegner – das sind nicht einfach nur die Linken, das sind auch die *«Netten»*, womit der interne Wahlkampf im bürgerlichen Lager ebenfalls eine neue, gehässige Note bekommt. Das ist der neue Ton, populistisch, polarisierend, zweifellos auch medien-

**Das ist der neue Ton,
populistisch,
polarisierend,
zweifellos auch
medienwirksam.**

wirksam. Das alles wirkt mobilisierend und bringt – nüchtern kalkuliert – wohl zusätzliche Stimmen. Die Gegenattacken werden nicht ausbleiben, und alle, vor allem die der SVP näher stehenden Parteien werden vor dem Problem stehen, sich in dieser Lärmkulisse auch noch bemerkbar zu machen.

Die Entwicklung ist bedenklich. Nicht allein deswegen, weil mit komplexen und schwierig zu bewältigenden Realitäten Unfug getrieben wird und Behauptungen aufgestellt werden, die nicht oder nur mit Manipulationen belegt werden können. Sondern weil damit *Tendenzen gestärkt* werden, die man zu

bedauern vorgibt: die Trivialisierung, Personalisierung und Boulevardisierung der Politik, die man sonst gern den Medien in die Schuhe schiebt; und die *Abwertung der politischen Institutionen* durch Nestbeschmutzung, die nur vermeintlich bloss den andern trifft. Es gäbe wahrlich genügend politische Aufgaben, die nicht mit der Faust im Sack, sondern nur mit konstruktiver und innovativer Arbeit bewältigt werden können und die eine bürgerliche Mehrheit benötigen. Dafür schafft der neue, rüde und rücksichtslose Stil gewiss keine guten Voraussetzungen. Wem nützt's? ♦

ULRICH PFISTER

BENAZIR BHUTTO UND DAS UNREGIERBARE PAKISTAN

Im Oktober 1993 ist Benazir Bhutto mit einem knappen Resultat zur Ministerpräsidentin über 128 Millionen Pakistaner gewählt worden. Das Land steht vor einer Fülle von kaum lösbaren Problemen, und vieles deutet darauf hin, dass es in absehbarer Zeit auf dem indo-pakistanischen Subkontinent zu blutigen Konflikten kommen wird.

Die Wahlen zur pakistanischen Nationalversammlung im Oktober verliefen zwar wieder blutig, aber ohne Fälschungen, dank der Armee, die sich diesmal unparteiisch verhielt und für einen fairen Ablauf sorgte. Keine der Parteien hat sich beschwert, und bei den meisten Pakistanern herrschte erst einmal Hochstimmung. Was immer man auch von dem Wahlergebnis hielt, die Tatsache, dass solch ein Experiment in Demokratie überhaupt stattfand, wirkte ausserordentlich befreiend in einer Situation, die ansonsten von Niedergeschlagenheit über Chaos und Korruption gekennzeichnet ist.

Die ehemalige Ministerpräsidentin Frau *Benazir Bhutto* ging als knappe Siegerin hervor. Ihre PPP (*Pakistanische Volkspartei*) erhielt 86, die konservative MUSLIMLIGA ihres Erzfeindes *Nawáz Sharif* 72 Sitze. Damit erzielte Frau Bhutto zwar nicht die nötige Zahl, um eine Regierung ohne Koalitionspartner zu bilden, doch fiel die Regierungsbildung mit einer Mehrzahl der 17 Unabhängigen sowie einer Splitterpartei der MUSLIMLIGA nicht

schwer. Ausserdem sind 10 Sitze für die religiösen Minderheiten und 8 für die Grenzstämme reserviert. Daraus ergab sich ein ausschlaggebender Stimmenzuwachs für Frau Bhutto.

Erschwert wurden ihr allerdings die Chancen dadurch, dass ihr Rivale *Nawáz Sharif* im Pandjab, der volkreichsten Provinz, eine Mehrheit erzielte. Erfahrungsgemäss ist Pakistan unregierbar, wenn die Landesregierung des Pandjab sich gegen die Zentralregierung in Islamabad stellt.

Entscheidend bleibt dennoch, ob die eigentlichen Machthaber, nämlich Beamtschaft und Militär, *Benazir Bhutto* diesmal das Regieren gestatten werden, oder ob man ihre Regierung durch eine Vielzahl von Sabotageakten wieder lahmlegt wie 1988 nach ihrer erstmaligen Wahl als Ministerpräsidentin. Beamtschaft heisst im Falle Pakistans ein Heer von hohen Regierungsbeamten, die gewissermassen eine Kaste für sich bilden. Sie haben Pakistan seit der Staatsgründung im Jahre 1948 beherrscht und bisher jeden Sturm überstanden, die Regierungszeit von *Benazir Bhuttos* Vater,

**Der Zankapfel
Kaschmir ist zu
einem der gefährlichsten
Krisenherde der
Welt geworden.**

der nach seinem Machtantritt 1971 einige Hundert von ihnen in den Ruhestand versetzte.

Die hohen Regierungsbeamten sind meist mit hohen Offizieren verschwägert. Das verläuft in Pakistan alles sehr schematisch, als bestünde das Kastensystem aus der Hindu-Vergangenheit der Nation fort. Beide Eckpfeiler der Macht, Beamte und Offiziere, sind im Landadel verankert. Die Bhuttos, selbst Feudalherren, liefen dagegen erst einmal Sturm, wengleich nur rhetorisch. Inzwischen hat Benazir auch die Rhetorik einstellen müssen.

Hinzu kommt noch, dass die Islamisten diese Herrscherkaste infiltrieren konnten. Der machtvolle militärische Geheimdienst ISI, gegen den sich bisher keine Regierung durchsetzen konnte, ist gänzlich in der Hand der Islamisten – und darin liegt die eigentliche Hürde für Frau Bhutto. Alles andere ist gewissermassen Nebensache. Entweder es gelingt ihr, durch Paktieren mit weniger islamistisch orientierten Generälen, den ISI zu entmachten, oder sie wird noch einmal wegen angeblicher Unfähigkeit das Feld räumen müssen.

Immerhin hat ihr erbitterter Widersacher, der islamistisch-orientierte Präsident *Ghulam Ishaq Khan*, keinen Einfluss mehr. Der neue Generalstabschef scheint ideologisch weniger gebunden zu sein und hat guten Willen bekundet, indem er die Armee dafür sorgen liess, dass die Wahlen diesmal ohne die massiven Fälschungen verliefen, durch die bereits zweimal ein klarer Sieg Benazirs verhindert wurde.

Grenzen der Emanzipation

Die zur geschickten Politikerin herangereifte Frau Bhutto – man nennt sie in Pakistan nur bei ihrem Vornamen Benazir – behauptet deshalb gern, sie habe gute Beziehungen zum Militär. Sie war sogar dagegen, dass ihr jüngerer Bruder *Murtaza* die politische Bühne betrat. Nach dem in Syrien lebenden Murtaza wird in Pakistan als Terrorist gefahndet, weil er nach der Hinrichtung seines Vaters im Jahre 1979 die Terroristengruppe *Al-Zulfikar* gründete und Anschläge auf das Regime des Generals *Zia ul-Haq* verübte.

Murtaza, einst Playboy im Londoner Kensington, hat nie Format gezeigt, weder als Terrorist noch als Politiker. Bei den letzten Wahlen trat er, von Damaskus aus, ausgerechnet gegen seine Schwester an, gewann aber – ausser auf Kommunalebene – keinen

der zahlreichen Sitze, für die er kandidierte. Nach seiner Heimkehr wurde er zwar inhaftiert, kann aber an den Sitzungen des Landesparlaments von Sind samt Gefängniswärtern teilnehmen. Die kurzen Auftritte benutzt er zu Attacken gegen seine Schwester, der er allzugrosse Kompromissbereitschaft vorwirft.

Schmerzlich für Benazir war die Tatsache, dass ihre Mutter, die eigentliche Parteivorsitzende, *Begum Nusrat Bhutto*, für den missratenen Sohn und gegen die Tochter Partei ergriff. Das hat der PPP geschadet, war doch bislang gerade der gemeinsame Kampf der beiden so ausserordentlich intelligenten und tapferen Frauen, Mutter und Tochter, ein Pluspunkt ersten Ranges – das Heldenethos der Partei. Hier zeigten sich nun aber die Grenzen der Emanzipation im Denken, wie schon seinerzeit auf der anderen Seite der Grenze, bei *Indira Gandhi*, die mit einer begabten Schwiegertochter brach, um einen unfähigen Sohn vorzuziehen. In Pakistan trug der Zwist zwischen Mutter und Tochter massgeblich zu der auffallend geringen Wahlbeteiligung von nur etwa 40 Prozent bei – und kostete Benazir einen klaren Sieg, den sie sonst unschwer hätte erringen können.

Herausgeforderte Islamisten

Herausgeforderte Islamisten

Als 1988 Benazir zum erstenmal Ministerpräsidentin wurde, fuhren die Islamisten eine riesige Propagandamaschine auf. Ihr wurde vorgehalten, einen Ausgleich mit Indien anzustreben, auf Kosten des Freiheitskampfes in Kaschmir. Während nämlich die Kaschmiris in ihrer Mehrheit noch immer für ein sowohl von Indien als auch von Pakistan unabhängiges Kaschmir kämpfen, steht für die Islamisten fest, dass Kaschmir an Pakistan fällt. Ferner beschuldigten sie Benazir, den USA zuliebe auf das Goldene Kalb zu verzichten, d. h. auf die atomare Aufrüstung, genannt die «Islamische Bombe».

Vor allem aber wurde in von Islamisten kontrollierten Moscheen täglich gepredigt, dass ein von einer Frau regiertes Volk dem Untergang geweiht sei.

Maulana 'Abd-al-Qadir 'Azad, Prediger an des Landes grösster Moschee in Lahor, hat die Ministerpräsidentin gewissermassen exkommuniziert. Dafür gibt es zwar im Islam keine offizielle Vorkehrung, doch lässt sich ein Konsensus bilden, wenn nur genügend Gottesgelehrte mitmachen, um das Volk zu überzeugen. In Pakistan gehen jedoch die Volks-

**Entscheidend bleibt
dennoch, ob die
eigentlichen Macht-
haber, nämlich
Beamtenschaft und
Militär, Benazir
Bhutto diesmal das
Regieren gestatten
werden, oder ob man
ihre Regierung durch
eine Vielzahl von
Sabotageakten
wieder lahmlegt wie
1988.**

massen ihren eigenen Weg, wie sich an den Wahlplakaten ablesen lässt, die Benazir Bhutto wie einen Filmstar darstellen, mit offenem Haar, obwohl sie in der Öffentlichkeit längst nicht mehr ohne Kopftuch auftritt.

Auch die *Rushdie*-Affäre diente als Handhabe gegen «das ungläubige Weib». Sosehr sie auch Rushdie verdammt, die Islamisten hielten ihr Lachheit vor, wenn nicht gar Komplizenschaft. Dabei hatte Salmán Rushdie die «Tochter des Ostens» (so der Titel von Benazirs Autobiographie) in früheren Jahren als «Eiserne Jungfrau» verhöhnt, was ihr in der konservativen Macho-Gesellschaft eigentlich hätte zugute kommen müssen.

Bei den Wahlen haben die Islamisten wieder einmal eine gewaltige Abfuhr erhalten, obwohl sie sich einen neuen Namen zugelegt hatten, um mehr als nur ihre Fundamentalisten-Kader anzuziehen: *Pakistan Islamic Front* – PIF. Doch die PIF verpuffte. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung stellten sie 103 Kandidaten auf, d.h. es war ihnen klar, dass sie weniger als die Hälfte der 210 Sitze erobern konnten. Sie brachten es jedoch nur auf deren drei. Der Chef der PIF, *Qázi Husain Ahmad*, liess sich sicherheitshalber für zwei Sitze als Kandidat aufstellen, fiel aber auf beiden durch.

Man hat in Pakistan schon häufiger die Einführung einer 5 Prozent Klausel nach deutschem Muster erwogen. Für die Islamisten wäre das das Ende. Allerdings ist ihr Einfluss weitaus grösser, als die Zahlen vermuten lassen. Unter der Militärdiktatur Zia ul-Haqs wurden ihnen zahlreiche Schlüsselpositionen im Staatsapparat zugehalten. Die Blamage bei den Wahlen machte klar: Es geht zum letzten Gefecht. Seit 1977 haben sie den Kurs der Politik meist mitbestimmt, und sie sind keine Demokraten, die sich mit der Rolle einer konstruktiven Opposition abfinden.

Illusionärer Kampf gegen die Korruption

Nachteilig für Benazir wirkte sich die Effizienz des Übergangspräsidenten *Mu`in Quraishi* aus, eines Finanzexperten, der halb in Washington und halb in Singapur zu Hause ist. Als unbescholtener Aussen-seiter war er eine ideale Übergangslösung – zu ideal, wie es jetzt scheint; denn er fegte mit eisernem Besen und stellte die Korruption der Parteigrössen schonungslos bloss. In der Bildungsschicht ist jedem klar, dass er sich nicht halten konnte. Die Masse der

einfachen Pakistaner hätte ihn jedoch am liebsten als Regierungschef behalten.

Vergleicht ein mit den Verhältnissen nicht Vertrauter die Erfolgsbilanz von zwei Jahren Benazir-Regierung (1988–90) mit der viermonatigen Regierungszeit des *Mu`in Quraishi*, so zieht Benazir den kürzeren. Sie liess ein Ministerium zur Bekämpfung des Rauschgifthandels gründen, das jedoch ein Papiertiger blieb. *Quraishi* liess ein Dutzend Rauschgiftbarone inhaftieren.

Doch *Quraishi* ist eine vorübergehende Episode. Seine Sanierungsmassnahmen werden nach und nach rückgängig gemacht werden. Versucht Benazir ähnliches, wird die Regierungsmaschinerie wahrscheinlich gar nicht mitmachen. Während ihrer ersten Amtszeit hatte Frau Ministerpräsidentin Mühe, von ihrem Büro aus überhaupt telefonisch verbunden zu werden. Entweder war besetzt, oder es war niemand da. Bei Auslandsgesprächen klappte meist etwas mit der Leitung nicht. Unter diesen Umständen kommt es für sie einem politischen Selbstmord gleich, das Amt überhaupt anzutreten – es sei denn, sie hat feste

Zusagen seitens der Generalität, dass man ihr diesmal beisteht und das Regieren nicht wieder durch vielerlei Schikanen zu einer Farce werden lässt.

Wie ihr Vater, ist auch Benazir stärker auf dem Gebiet der Aussenpolitik als auf dem der Innenpolitik. Die inzwischen 40jährige Mutter mit ihren vier kleinen Kindern (das jüngste wurde im Dezember 1993 geboren) wird ihre ganze Energie in den Dienst der Krisenverhütung stellen müssen, ist doch der Zankapfel Kaschmir zu einem der gefährlichsten Krisenherde der Welt geboren. Westlich von Pakistan zerfleischt sich Afghanistan in einem mörderischen Bürgerkrieg, an dem Pakistans Islamisten die Hauptschuld tragen. Auch beim tadschikischen Bürgerkrieg, nördlich von Pakistan, hat der ISI seine Hand im Spiel.

Rauschgift und «Kalaschnikow-Kultur»

Wird Benazir diesem Treiben machtbesessener Expansions-Ideologen Einhalt gebieten können? Der von ihr seinerzeit gefeuerte ISI-Chef General *Rahim Gul* ist weiterhin in Afghanistan und Kaschmir aktiv. Auf Guls Konto gehen nicht weniger als zwei Dutzend Attentate auf pakistanischem Boden, die er in der Regel von Kommandos der «Islamischen Partei Afghanistans» (*hezb-e islami*) ausführen lässt. Seinetwegen hätten die Amerikaner Pakistan fast auf die Liste der Terroristenstaaten gesetzt.

Vor allem aber wurde in den von Islamisten kontrollierten Moscheen täglich gepredigt, dass ein von einer Frau regiertes Volk dem Untergang geweiht sei.

Mittlerweile hat sich auch herausgestellt, dass der mysteriöse Flugzeugabsturz, der 1988 zum Tod des elf Jahre lang herrschenden Diktators Zia ul-Haq führte, nicht das Werk des unbedarften Murtaza Bhutto war, wie oft behauptet, vielmehr war der Tod des Präsidenten mit seinen Generälen das Werk von Rivalen im Militär. Den einen war der «Priester-Präsident» zu islamistisch, den andern zu wenig.

Auf jeden Fall ist Pakistan während der letzten zehn Jahre zu einem zweiten Kolumbien geworden, mit einer allgemeinen Gewalttätigkeit, die das Regierungsamts wenig erstrebenswert erscheinen lässt. Das in Afghanistan in grossen Mengen produzierte Rauschgift wird fast ausschliesslich über Pakistan vertrieben, so wie der Afghanistan-Krieg auch zu einem Überschuss an Waffen geführt hat, darunter hochwertiges Kriegsmaterial, das vom CIA für den *Djihad*, dem Kampf gegen die Russen, geliefert, meist jedoch in Pakistan verschachtet wurde.

Mancher Rauschgiftbaron ist zum Ideologen, und mancher Islamist zum Heroinschmuggler geworden. Was in Kolumbien als *la violencia* traurigen Ruhm erlangte, wird in Pakistan «*Kalashnikow-Kultur*» genannt. Während aber die Kolumbianer den allmächtigen Rauschgiftkartellen mutig die Stirn boten und sie schliesslich besiegten oder zumindest vertrieben, gleiten die Pakistaner immer weiter in den Sumpf hinein. Die Frage, wo den die Politik aufhört und die Kriminalität anfängt, stellen viele schon gar nicht mehr.

Am stärksten ist davon die 10-Millionen-Hafenstadt Karatschi, die Wirtschaftsmetropole des Landes, betroffen. Die Mehrzahl der Bevölkerung besteht hier aus muslimischen Indienflüchtlingen. Deren Partei, die MQM (*Muhajir Qaumi Maház = Nationale Flüchtlingsfront*), war einst auf kurze Zeit Koalitionspartner der PPP. Diesmal haben die schiesswütigen MQM-Kader die Wahlen zur Nationalversammlung boykottiert und sich nur an den Kommunalwahlen beteiligt. Benazir braucht jetzt vor allem kugelsichere Westen, um nicht das Schicksal Indira Gandhis zu erleiden. Wer auch immer die Regierung antritt, er (oder sie) wird häufig

Militäreinsätze befehlen und Ausnahmezustände verhängen müssen.

Neuer Kampf um Kaschmir?

Die Ministerpräsidentin hat deshalb den Amerikanern deutlich sagen müssen, dass ihr Land die Nuklearentwicklung fortsetzt. Als einziges Zugeständnis setze sie hinzu, das Nuklearprogramm werde «*im bisherigen Rahmen*» beibehalten, die atomare Aufrüstung wird also nicht intensiviert. In Washington ist man sich darüber im klaren, dass Frau Bhutto unmöglich das Goldene Kalb einschmelzen kann; denn sie «Islamische Bombe» ist der Masse der Pakistaner heilig. So beschränken sich die Amerikaner darauf, den Chinesen die weitere Belieferung Pakistans mit ihren neuesten Kampfjets auszureden – sicher ohne grossen Erfolg. (Wegen ihrer Ähnlichkeit mit dem *Phantom* heisst jener neueste Schlager der chinesischen Waffeproduktion in NATO-Kreisen *Fan-Tan*). Gewiss haben Beijing und Neu-Delhi kürzlich Anstrengungen unternommen, ihre Beziehungen miteinander zu normalisieren, doch die alte Achse China-Pakistan ist dadurch nicht beeinträchtigt worden.

Angesichts ihrer relativ schmalen Basis und der Energie ihres unermüden Widersachers *Nawáz Sharif*

kann die Ministerpräsidentin es sich nicht leisten, aussenpolitische Schritte zu unternehmen, die bei den Massen oder beim Militär unpopulär sind.

Von einer Entspannung im Verhältnis Pakistans zu Indien kann daher vorerst keine Rede sein. Im Gegenteil, in Kaschmir, auf das beide Staaten Anspruch erheben, spitzt sich die Lage nur weiter zu. Seit 1948 haben die beiden Staaten bereits dreimal gegeneinander Krieg geführt. Ein erneuter Waffengang steht zwar nicht unmittelbar bevor, ist jedoch mittelfristig nicht auszuschliessen. Wird auch Benazir Bhutto, so wie zuvor Indira Gandhi, *Golda Meir* und *Margaret Thatcher* zu einer kriegführenden Ministerpräsidentin? Vieles deutet darauf hin. Auf jeden Fall bleibt der indo-pakistanische Subkontinent eines der gefährlichsten Krisengebiete der Welt. ♦

KHALID DURAN

**Die Frage,
wo denn die Politik
aufhört und die
Kriminalität
anfängt, stellen
viele schon gar
nicht mehr.**